Mahnverfahren: besondere Form des -> **Zollverfahrens**, in dem durch Erlaß eines Zahlungsbefehls der Gläubiger ohne gerichtliche Verhandlung einen vollstreckbaren Titel über seine Forderung gegen den Schuldner erlangen kann. Der Gläubiger kann wegen einer Geldforderung, wegen der Leistung einer bestimmten Quantität von Sachen oder wegen der Herausgabe von Wertpapieren durch das Gesuch, einen Zahlungsbefehl zu erlassen, ein M. bei dem zuständigen Kreisgericht einleiten. Der Antrag auf Erlaß des Zahlungsbefehls muß die Bezeichnung der Parteien, des Gerichts, die genaue Angabe der Forderung und des Grundes des Anspruchs enthalten. Hierfür werden vorgedruckte Formulare verwendet. Fehlen bestimmte sachliche Voraussetzungen, ist die Begründung nicht schlüssig oder ist der Anspruch im M. nicht durchsetzbar, so wird das Gesuch vom Sekretär des zuständigen Gerichts oder vom Gerichtsvollzieher durch Beschluß zurückgewiesen. Gegen einen ablehnenden Beschluß kann der Gläubiger innerhalb einer Woche nach Zustellung Erinnerung einlegen. Unzulässig ist ein M. dann, wenn der geltend gemachte Anspruch von einer noch nicht erbrachten Gegenleistung abhängt, wenn die Zustellung im Ausland oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen müßte. Der Zahlungsbefehl, der dem Schuldner durch das Gericht zugestellt wird, enthält für diesen die Aufforderung, binnen einer gesetzten Frist von drei Tagen oder einer Woche den vom Gläubiger geltend gemachten Anspruch zu befriedigen. Hat der Schuldner Einwendungen gegen den Zahlungsbefehl, kann er Widerspruch beim Sekretär bzw. beim Gerichtsvollzieher einlegen. Dadurch endet das M.; es kann nunmehr beantragt

werden, den Anspruch vor der Zivilkammer zu verhandeln. Legt der Schuldner keinen Widerspruch ein und kommt er dem Zahlungsbefehl auch nicht nach, so erklärt der Sekretär bzw. der Gerichtsvollzieher auf Antrag des Gläubigers den Zahlungsbefehl für vorläufig vollstreckbar. Gegen den Vollstreckungsbefehl hat der Schuldner eine Einspruchsfrist von einer Woche. Erhebt der Schuldner keinen Einspruch, wird der Vollstreckungsbefehl rechtskräftig, und der Anspruch kann durch -> **Zwangsvollstreckung** durchgesetzt werden.

Mandat: in der DDR Übernahme des politischen Auftrages der Wähler durch den -> **Abgeordneten**, über die Grundfragen der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen -> **Volkvertretung** gemäß dem Willen der Wähler zu entscheiden. Mit dem M. verbunden ist ein lebendiges Zusammenwirken zwischen Abgeordneten und Bürgern, das den massenpolitischen Charakter der Abgeordnetentätigkeit kennzeichnet und ein mit der Wahl begründetes Vertrauensverhältnis zwischen Abgeordneten und Wählern vertieft. Es schließt die Rechenschaftslegung des Abgeordneten über seine Tätigkeit gegenüber den Wählern ein. Das M. eines Abgeordneten besteht in der Regel für die Dauer einer Wahlperiode. Es kann durch Niederlegung des M. oder, bei gröblicher Verletzung der Abgeordnetenpflichten, durch Abberufung vorzeitig beendet werden.

marxistisch-leninistische Partei: bewußter und organisierter Vortrupp und höchste Form der Klassenorganisation der -> **Arbeiterklasse**. Theoretische Grundlage der m. P. ist der